

6391/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Stoisits, Freundinnen und Freunde haben am 1. Oktober 1999 unter der Nr. 6726/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Möglichkeiten, die gesetzlich und verfassungsrechtlich vorgesehenen zweisprachigen Ortstafeln im Burgenland auch tatsächlich durchzusetzen, gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die aus Art. 7 Z 3 des Staatsvertrags von Wien erfließenden Verpflichtungen sind unbestritten.

Zu Frage 2:

Zu dieser Frage darf ich zunächst auf die unter einem ergehende Beantwortung der parlamentarischen Anfrage, 6725 J (Frage 4), verweisen.

Wie ich bereits wiederholt festgestellt habe, kann eine zufriedenstellende Lösung der von Ihnen angesprochenen Problematik nur im Konsens mit allen Betroffenen erzielt werden. Der Herbeiführung eines solchen Konsenses sollen die erwähnten Bemühungen dienen.